

BOX 4 Die Debatte um das „Heizungsgesetz“

Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) kann als ein exemplarischer Fall von Klimapolitik-Verzögerungsstrategien eingeordnet werden.¹ Während in anderen Ländern wie beispielsweise den USA unter Donald Trump effektive Klimapolitik durch Maßnahmen wie dem Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen direkt zentral orchestriert und demontiert wird, sind Verhinderungs- und Verzögerungsstrategien in Ländern, in denen rechtsextreme Akteure noch keine Regierungsbeteiligung erlangt haben häufig etwas komplexer und daher zunächst schwieriger zu identifizieren. Nichtsdestotrotz können Kampagnen wie jene gegen das sogenannte Heizungsgesetz Klimapolitik erheblich beeinflussen und verzögern.

Die Änderung des GEG (von 2020) sollte 2023 als ein zentraler Baustein der deutschen Wärmewende angestoßen werden. Im Jahr 2022 machte Wärme fast die Hälfte des weltweiten Energiebedarfs in Gebäuden aus und zwei Drittel der Wärmeenergieversorgung basierten immer noch auf fossilen Brennstoffen (IEA 2023). In Deutschland waren 2023 mehr als 70 Prozent aller Heizungsanlagen in Wohngebäuden auf Gas und Öl angewiesen (BDEW 2023). Weitere wichtige Heizquellen sind Fernwärme, Flüssigerdgas, Pellets, Holz und Kohle, während Wärmepumpen (die idealerweise mit Solar-Photovoltaik kombiniert werden) nur in 5,7 Prozent der Haushalte zum Einsatz kamen (BDEW 2023). Dies führte im Jahr 2023 zu einem Ausstoß von 102 Millionen Tonnen CO₂ im Gebäudesektor, was etwa 15 Prozent der Treibhausgasemissionen Deutschlands entspricht (Statista 2024).

Generell bestand also bereits aufgrund der hohen Emissionen im Wärmesektor großer Handlungsbedarf, weswegen SPD, Grüne und FDP bereits im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, dass ab Januar 2025 neu eingebaute Heizungen mehrheitlich mit erneuerbarer Energie betrieben werden sollen. Da im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ab dem Frühjahr 2022 aufgrund der hohen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen eine mögliche Versorgungskrise sowie geopolitische Fragen im Raum standen, sollte die Maßnahme um ein Jahr vorgezogen werden.

Federführend an der Ausarbeitung des GEG beteiligt waren das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unter Leitung des Grünenpolitikers Robert Habeck und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) unter Leitung der Sozialdemokratin Klara Geywitz. Ein erster Gesetzesentwurf wurde am 7. März 2023 vorgelegt und nach einigen Änderungen schließlich am 8. September 2023 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Aufgrund massiver Kritik wurden jedoch mehrere Teile des Gesetzes im Laufe der Debatte erheblich abgeschwächt (siehe Tabelle 1). Die Konflikte manifestierten sich hauptsächlich in einer massiven Gegenkampagne der Medien, die von rechten, konservativen und marktliberalen Parteien und (Boulevard-)Medien wie der BILD angeführt wurde.²

Relevante Akteure der Kampagne gegen das GEG waren neben den Boulevardmedien insbesondere die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD), die konservative CDU/CSU (Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union) und die liberale FDP (Freie Demokratische Partei). Die FDP spielte während des GEG-Prozesses eine besondere Rolle, da sie von 2021 bis Ende 2024 Teil der Ampel-Regierung war, den Gesetzesentwurf jedoch nach aufkommender Kritik entschieden ablehnte und damit einen Konflikt mit den Koalitionspartnern SPD und Grünen auslöste.

Die Debatte um das GEG, welche ab dem „Durchsickern“ des Entwurfs an die BILD rasant Fahrt aufnahm, zeichnete sich generell durch eine klassische populistische Strategie aus, die eine Dichotomie zwischen Elite und Volk konstruiert (Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). So wurde das GEG generell als ein grünes Elitenprojekt dargestellt, welches sich gegen den Willen und die Interessen des Volkes richtet. Mit dem im März 2023 veröffentlichten Artikel „Habeck will Öl und Gas verbieten“ und Begriffen wie dem „Heizhammer“ gab BILD den Ton für die folgende Debatte vor (Schäfer 2023). Es waren vor allem die Grünen, die enorm unter Beschuss gerieten, insbesondere Robert Habeck sowie sein damaliger Staatssekretär Patrick Graichen,³ die maßgeblich an der Entwicklung des GEG beteiligt waren.

- 1 Die Box ist eine gekürzte und aktualisierte Version von: Haas, Tobias, Hendrik Sander, Anna Fünfgeld, and Franziska Mey. 2025. „Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law.“ *Energy Research & Social Science* 123.
- 2 Ende 2024 untersuchte Lobby Control, inwieweit die Interessen der fossilen Brennstoffindustrie zur Kampagne beigetragen haben könnten. Hintergrund der Untersuchung war, dass der Investmentriese KKR sowohl stark in fossile Brennstoffe investiert als auch Hauptaktionär des Springer-Medienkonzerns ist, der die Bild-Zeitung herausgibt. Es konnten keine konkreten Beweise für eine direkte Einflussnahme auf die Kampagne festgestellt werden. Jedoch stellt Lobby Control fest, dass KKR Lobbyarbeit im Energiesektor betreibt und die Bild-Zeitung zu diesem Zweck genutzt haben könnte (Deckwirth und Eschmann 2024).
- 3 Patrick Graichen wurde bereits im Mai 2023 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, da er am Vorauswahlprozess für die Besetzung des Chefpostens der staatlichen Deutschen Energie-Agentur beteiligt war, dabei aber nicht transparent gemacht hatte, dass der letztlich erfolgreiche Bewerber sein Trauzeuge war (taz 2023).

Klimapolitische Argumente spielten bezeichnenderweise in den Debatten um das GEG kaum eine Rolle. Vielmehr lassen sich fünf diskursive Stränge identifizieren, die in der Kampagne immer wieder ins Feld geführt wurden, um das Gesetz zu demontieren: (1) Enteignung, (2) Entrechtung, (3) Gesetz als Ideologieprojekt, (4) grüner Klientelismus und (5) die Forderung, alle mitzunehmen.

Zunächst äußerten verschiedene rechtsgerichtete politische und mediale Akteure die Kritik, das GEG sei eine Form der Enteignung von Hauseigentümer*innen. So argumentierte beispielsweise der ehemalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), dass sich viele Hauseigentümer*innen die hohen Investitionen in eine erforderliche Wärmepumpe nicht leisten könnten und das GEG daher einer Enteignung gleichkomme (Fiedler 2023a). Das konservative Magazin Focus sprach von einer „Enteignung durch die Hintertür“ (Romanski 2023). In eine ähnliche Kerbe schlug auch die rechtspopulistische AfD mit ihrer Kampagne „Heizhammer stoppen!“ (AfD 2023). Insgesamt wurde in diesem Diskursstrang suggeriert, das Gesetz würde das Recht der Menschen auf freie Verfügung über ihr (Immobilien-)Eigentum bedrohen.

Eng damit verbunden ist der zweite Diskursstrang, der eine Entrechtung und Entmündigung der Bürger*innen suggeriert. Hier erstreckten sich die Vorwürfe von Bevormundung bis hin zu Überwachungs dystopien. So unterstellte die CSU Habeck Kontrollwahn und postete eine Fotomontage, in der der Minister scheinbar in ein Wohnzimmer späht mit der Bildunterschrift „Nein zur staatlichen Heizungsspionage“. Der thüringische CDU-Landesvorsitzende, Moritz Voigt, ging noch weiter und behauptete, Habeck wolle eine „Energie-Stasi“ aufbauen (Fiedler 2023b). Auffällig ist, dass sich Ton und Narrative der CDU/CSU hier kaum von denen der rechtsgerichteten AfD unterscheiden.

Der dritte diskursive Strang suggeriert, dass das GEG ein rein ideologisches Projekt der Grünen darstellen würde und dabei den Wohlstand der Nation gefährde. So forderte der CDU-Umweltpolitiker Andreas Jung beispielsweise einen „grundlegenden Neustart für eine sozial und technologisch offene Wärmewende“ (Vetter und Wetzel 2023). Die Verunglimpfung des GEG als ein Ideologieprojekt wurde durch die AfD in ihrer „Heizungshammer“-Kampagne nochmal pointierter vorgebracht: „Die Inflation ist für viele Menschen in Deutschland zur Armutsfalle geworden. Während die meisten Bürger Monat für Monat bangen müssen, über die Runden zu kommen, brüten Habeck und seine Unterstützer in der Ampelregierung schon den nächsten ideologischen Angriff auf unseren Wohlstand aus“ (AfD 2023).

Der vierte Diskursstrang knüpft an das obige Zitat an und sieht grüne Vetternwirtschaft am Werk, die das GEG angeblich hervorgebracht hat. Implizit wird davon ausgegangen, dass die Grünen selbst finanziell vom GEG profitieren würden. Die familiären Verbindungen einzelner Akteure in

diesem Bereich förderten diese Erzählung (Pötter 2021). Die diesem Vorwurf zugrunde liegende Annahme ist, dass eine grüne Elite sich auf Kosten des ‚Volkes‘ bereichert. Beispielhaft schrieb die AfD: „Die Anhänger dieses grünen Netzwerks behaupten, sich um das Klima und die Zukunft des Planeten zu sorgen. In Wirklichkeit sorgen sie sich um sich selbst. Die Hauptschuldigen weisen sich gegenseitig die lukrativsten Positionen zu und bestärken sich gegenseitig in ihrem ideologischen Wahn“ (AfD 2023).

Im fünften Diskursstrang laufen die Elemente der vier Stränge in der Forderung zusammen, alle mitzunehmen. Es wird argumentiert, dass das GEG auf breiten gesellschaftlichen Widerstand stoße und eine grundlegende Delegitimierung von Klimapolitik befördere. Die Forderung, alle mitzunehmen, suggeriert somit, dass es in der Debatte um das GEG darum ginge, eine vernünftige und gerechte Lösung im Sinne eines ausgewogenen Gesetzes zu finden. Hierbei wird unter anderem auf ein angebliches Gerechtigkeitsdefizit rekurriert, das auf der Annahme einer finanziellen Benachteiligung von Hausbesitzer*innen beruht. So erklärte Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag: „Die Menschen haben Angst, dass sie sich das Gesetz der Ampel-Regierung nicht leisten können“ (Grzeschik und Münstermann 2023). Dementsprechend präsentiert sich die CDU als Partei, die „Klimaschutz mit den Menschen, nicht gegen sie“ betreiben will (CDU 2023).

Gemeinsam haben alle identifizierten Diskursstränge, dass sie einer klassisch populistischen Logik folgen: Sie konstruieren eine Dichotomie zwischen dem Willen des „einfachen Volkes“ und einer (grünen) Elite, die dessen Willen aus verschiedenen Motiven heraus missachtet und vermeintlich Wohlstand und Freiheit der Bürger*innen beschneidet. Auffällig ist, dass sich die gegen das Gesetz ins Feld geführten Narrative aus dem rechtsextremen und bürgerlich-konservativen Lager dabei kaum unterscheiden.

Resultat der Kampagne war, dass der Gesetzesvorschlag erheblich abgeschwächt wurde (siehe Tabelle 1). Zudem führte die Kampagne zu einer Verunsicherung der Bürger*innen und die damit einhergehenden Fehlinformationen verleiteten viele Eigenheimbesitzer*innen zu der Annahme, sie müssten schnell neue Gas- und Ölheizungen kaufen, da diese bald verboten seien (was nicht der Fall war). In der Folge stiegen die Verkaufszahlen von Gas- und Ölheizungen im Jahr 2023 stark an, während die Verkaufszahlen von Wärmepumpen weit hinter den Prognosen zurückblieben (Krapp 2023).

Insgesamt zeigt die Kampagne gegen das GEG exemplarisch, wie auch ohne direkte Regierungsbeihilfe klimapolitische Maßnahmen effektiv demontiert sowie ihre Implementierung beschnitten werden kann. Da Friedrich Merz bereits im Wahlkampf 2025 eine Rückabwicklung des GEG in Aussicht gestellt hat, ist zu erwarten, dass das Gesetz in der aktuellen Legislaturperiode erneut diskutiert wird.

	GEG-Gesetzesentwürfe 7. März 2023 und 3. April 2023	Finale Fassung GEG-Gesetz (8. September 2023)
Installation neuer Gasheizungen	Ab 2024 wirksam verboten (Mindestanteil von 65 Prozent erneuerbarer Energie für neue Heizungen)	Erlaubt bis zum Vorliegen der kommunalen Wärmeplanung; Betrieb auch nach 2028 erlaubt, wenn der kommunale Versorger Wasserstoff (H ₂) vorsieht oder die Heizungen mit 65 Prozent Biogas betrieben werden
Kommunale Wärmeplanung	Nicht Teil der Diskussion	Einführung einer kommunalen Wärmeplanung (verpflichtend bis 2026 für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern und bis 2028 überall sonst)
Wasserstoff	Nur erlaubt, wenn 65 Prozent erneuerbare Energien garantiert sind (faktisch nicht möglich, da ein zweites Netz erforderlich wäre)	Nahwärmeplanung auch mit H ₂ möglich; auch nicht leitungsgebundenes H ₂ erlaubt
Kosten	Finanzielle Förderung von Wärmepumpen	Ausweitung der finanziellen Förderung von Wärmepumpen. Mieter*innen tragen die Kosten, wenn Vermieter teurere Optionen wählen (z. B. H ₂)
Alte Gasheizungen	Ersatzpflicht nach 30 Jahren oder im Schadensfall	Auch hier gelten die Regeln der kommunalen Wärmeplanung. Bei Ausfall einer alten Heizung darf für maximal 5 Jahre eine neue (fossile) Heizung eingebaut werden.
Energieberatung	Energieberatung für Wärmepumpen	Breiterer Geltungsbereich, einschließlich ‚qualifizierter Energieberater‘ sowie Schornsteinfeger und Installateure
Biogas/Holz	Hybrid mit einer Wärmepumpe, wenn die 65 Prozent-Regel eingehalten wird	Heizen mit Holz ist ohne Einschränkungen erlaubt

Tabelle 4: Vergleich Entwürfe und finale Fassung des GEG. Quelle: übersetzt und angepasst aus Haas et al. 2025.

Autor*innen:
Anna Fünfgeld, Tobias Haas, Hendrik Sander,
 Franziska Mey

Literaturnachweis

- AfD. 2023. *Ampel aufhalten – Heizhammer stoppen!* <https://www.afd.de/heizhammer-stoppen/> (abgerufen 26.2.2025).
- BDEW. 2023. *Heizungsmarkt 2023*. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
- CDU. 2023. *Fair Heizen statt Verheizen*. https://aktion.cdu.de/fair-heizen#module_417e4f5e-7c9d-493f-9198-819518cf684c (abgerufen 26.2.2025).
- Deckwirth, C., A. Eschmann. 2024. Springer-Konzern: Nutzte Hauptaktionär KKR den Medienkonzern für politische Einflussnahme?: Lobby Control.
- Fiedler, M. 2023a. Jens Spahn im Interview: „Die Ampel führt einen ideologischen Kampf gegen das Eigenheim“. *Tagesspiegel*, Date.
- Fiedler, M. 2023b. „Stasi“ und „Spionage“: Wie die Union beim Habeck-Bashing überdreht. *Tagesspiegel*, Date.
- Grzeschik, D., K. Münstermann. 2023. Ende eines monatelangen Streits: Aufatmen in der Koalition – Heizungsgesetz passiert Bundestag. *Rheinische Post*, Date.
- IEA. 2023. *Heating*. <https://www.iea.org/energy-system/buildings/heating> (abgerufen 26.02.2025).
- Krapp, C. 2023. Ölheizung und Gasheizung: Fossile Heizungen erobern Marktanteile zurück. *Handelsblatt*, Date.
- Mudde, C., C. b. Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: A very short introduction*. Very short introductions. New York, NY: Oxford University Press.
- Pötter, B. 2021. Wirtschafts- und Klimaministerium: Energiewende als Familienprojekt. *tageszeitung*, Date.
- Romanski, K. 2023. 77-jähriger Ruheständler sauer, „Für Millionen Rentner ist Habecks Heiztauschpflicht eine Enteignung durch die Hintertür“. *Focus*, Date.
- Schäfer, J. W. 2023. Schon ab 2024! Habeck will Öl- und Gas-Heizungen verbieten. Date.
- Statista. 2024. *Treibhausgas-Emissionen von Gebäuden in Deutschland bis 2023*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1411542/umfrage/treibhausgas-emissionen-von-gebaeuden-in-deutschland/> (abgerufen
- taz. 2023. Graichen entlassen nach Trauzeugen-Affäre: Immer neue Ungereimtheiten. *tageszeitung*, Date.
- Vetter, P., D. Wetzel. 2023. Mit diesen 3 Vorschlägen will die CDU das Heizungs-Wirrwarr beenden. *Welt*, Date.